SCHWERPUNKTKLAUSUR VERTRAGSARZTRECHT

Als Gesetzestexte können das SGB V und die Ärzte-ZV in der bis 31.12.2011 geltenden Fassung benutzt werden.

Es sind alle beiden Aufgaben zu bearbeiten.

Aufgabe 1

1. Erläutern Sie § 95 Abs. 1 Satz 1 SGB V und differenzieren Sie nach den verschiedenen Leistungserbringern. Zählen Sie auch auf, wer ermächtigt werden kann, beschränkt auf Ärzte und Psychotherapeuten und unter Vernachlässigung der Bundesmantelverträge.
2. Legen Sie dar, wer über die Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung entscheidet.
3. a) Erläutern Sie am Beispiel der hausarztzentrierten Versorgung nach § 73b SGB V die Bedeutung der neuen Versorgungsformen im System der vertragsärztlichen Versorgung, insbesondere auch im Hinblick auf den Sicherstellungsauftrag der Kassenärztlichen Vereinigung und die Bedarfsplanung.
 - b) Können nicht als Vertragsärzte zugelassene oder ermächtigte Ärzte an der hausarztzentrierten Versorgung nach § 73b SGB V teilnehmen?

Aufgabe 2

Der Gynäkologe X verzichtete auf seine Zulassung als Vertragsarzt. Sein Vertragsarztsitz wurde zur Praxisnachfolge ausgeschrieben. Hierauf bewarben sich die Gynäkologen A und B. X schloss mit dem Gynäkologen Z einen Praxisübernahmevertrag für die gesamte Praxis. Nach Nr. 7.1 des Vertrages wird Z einen Facharzt für Gynäkologie benennen, welcher sich auf den Vertragsarztsitz zur Übernahme des Versorgungsauftrages bewirbt. Voraussichtlich soll es sich hierbei um A handeln. Z ist jedoch befugt, ggf. auch andere Ärzte zu benennen. In diesem Fall ist das Nachbesetzungsverfahren mit den dann benannten Ärzten durchzuführen.

Der Zulassungsausschuss ließ den A als Vertragsarzt zu und genehmigte eine Gemeinschaftspraxis von A und Z. Er ging zutreffend davon aus, beide Bewerber seien gleich geeignet für eine Praxisnachfolge. Ferner führte er an, auch der Wille des ausscheidenden Vertragsarztes bzw. seiner Erben sei eine zu berücksichtigende Tatsache, wenn die Praxis ausschließlich einem bestimmten Bewerber übertragen werden solle. Der abgebende Arzt könne nämlich auch im Falle einer Entscheidung der Zulassungsinstanzen nicht gezwungen werden, die Praxis an einen bestimmten Bewerber zu übergeben. X habe sich ausdrücklich für A als Nachfolger ausgesprochen, was zutrifft. Er habe ferner mitgeteilt, er werde die Praxis und den Arztsitz auf keinen Fall an B übertragen.

I. Beantworten Sie auf der Grundlage des bis 31.12.2011 geltenden Rechts folgende Fragen:

1. Warum lässt das Gesetz eine Praxisnachfolge nach § 103 Abs. 4 SGB V zu?
2. In welchem Umfang sind die Interessen des die Praxis abgebenden Vertragsarztes geschützt?
3. Kann der die Praxis abgebende Arzt den Praxisnachfolger bestimmen?
4. Ist die Entscheidung des Zulassungsausschusses rechtmäßig?
5. Welche Möglichkeiten hätte X, wenn der Zulassungsausschuss den B zulassen würde?

II. Beantworten Sie auf der Grundlage der ab 01.01.2012 geltenden Fassung des § 103 Abs. 4b SGB V folgende Fragen:

1. Was ist in § 103 Abs. 4b SGB V nach der Neufassung neu?
2. Welche Möglichkeiten hätten A und Z im Hinblick auf eine Praxisnachfolge? Gehen Sie dabei davon aus, dass ein Mitbewerber nicht vorhanden ist. Beziehen Sie § 103 Abs. 4b Satz 4 SGB V in ihre Überlegungen ein und erläutern Sie kurz die Bedeutung des § 95 Abs. 9b SGB V.

Hinweis:

Ab 01.01.2012 wird **§ 103 Abs. 4b SGB V** wie folgt gefasst:

Verzichtet ein Vertragsarzt in einem Planungsbereich, für den Zulassungsbeschränkungen angeordnet sind, auf seine Zulassung, um bei einem Vertragsarzt als nach § 95 Abs. 9 Satz 1 angestellter Arzt tätig zu werden, so hat der Zulassungsausschuss die Anstellung zu genehmigen, wenn Gründe der vertragsärztlichen Versorgung dem nicht entgegenstehen; eine Fortführung der Praxis nach Absatz 4 ist nicht möglich. Soll die vertragsärztliche Tätigkeit in den Fällen der Beendigung der Zulassung durch Tod, Verzicht oder Entziehung von einem Praxisnachfolger weitergeführt werden, kann die Praxis auch in der Form weitergeführt werden, dass ein Vertragsarzt den Vertragsarztsitz übernimmt und die vertragsärztliche Tätigkeit durch einen angestellten Arzt in seiner Praxis weiterführt, wenn Gründe der vertragsärztlichen Versorgung dem nicht entgegenstehen. Die Nachbesetzung der Stelle eines nach § 95 Abs. 9 Satz 1 angestellten Arztes ist möglich, auch wenn Zulassungsbeschränkungen angeordnet sind. § 95 Absatz 9b gilt entsprechend.

Der ab 01.01.2012 geltende **§ 95 Abs. 9b SGB V** lautet:

(9b) Eine genehmigte Anstellung nach Absatz 9 Satz 1 ist auf Antrag des anstellenden Vertragsarztes vom Zulassungsausschuss in eine Zulassung umzuwandeln, sofern der Umfang der Tätigkeit des angestellten Arztes einem ganzen oder halben Versorgungsauftrag entspricht; beantragt der anstellende Vertragsarzt nicht zugleich bei der Kassenärztlichen Vereinigung die Durchführung eines Nachbesetzungsverfahrens nach § 103 Absatz 4, wird der bisher angestellte Arzt Inhaber der Zulassung.